

Rede

der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, Simone Holderried,
zur Beschlussfassung des Haushaltes 2021

Es gilt das gesprochene Wort.

Brühl, 3. Mai 2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverwaltung,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Gäste hier im Saal und im Audiostream,

der Haushalt, den wir heute beschließen, ist der erste seit Beginn der Coronapandemie. Wir haben noch nicht schwarz auf weiß, welche finanziellen Auswirkungen die Pandemie für die Stadtkasse haben wird. Es ist fraglos mit hohen Einnahmeausfällen zu rechnen. Dennoch dürfen wir nicht in Schockstarre verfallen und keine neuen, für die Zukunft der Stadt wichtigen Ausgaben tätigen. Im Gegenteil: Es ist geboten, entschlossen und mutig Weichen zu stellen für eine enkeltaugliche Stadtentwicklung. Denn genau dies ist die eindeutige Botschaft der Kommunalwahl im vergangenen Herbst, die die Zusammensetzung dieses Rates deutlich zu Gunsten von uns Grünen verschoben hat. Die Wähler*innen wünschen sich eine klar ökologisch ausgerichtete Kommunalpolitik. Dafür stehen wir wie keine andere Partei. Mit der SPD haben wir viele Übereinstimmungen und gemeinsame Ziele gefunden und eine stabile Mehrheit vereinbart, um gemeinsam unsere Stadt in den kommenden Jahren in ökologischer wie in sozialer Hinsicht zukunftsfähig aufzustellen.

Doch was wollen wir in den kommenden Jahren erreichen? Werfen wir einen Blick voraus. So könnte Brühl in Zukunft aussehen:

Brühl ist dank einer **zukunftsgerichteten Verkehrspolitik** für Bus und Bahn, Fahrrad und Zufußgehen lebenswerter geworden und umweltfreundlich mit dem Umland verbunden. Kinder erreichen die Schulen zumeist zu Fuß oder mit dem Fahrrad – ganz ohne Elterntaxi. Mobilstationen bieten in allen Stadtteilen mit Angeboten zum Carsharing und zu Lastenfahrrädern eine bequeme und kostengünstige Alternative zum eigenen Auto. Der Lieferverkehr auf der „letzten Meile“ erfolgt emissionsfrei, beispielsweise durch Lastenfahrräder und Fahrzeuge mit Elektroantrieb. Parkraummanagement und Neuaufteilung des Straßenraums werden von den meisten Menschen als Gewinn betrachtet.

Die Brühler Schulen sind dank **vorausschauender Entscheidungen des Schulträgers** zu Orten lebendigen Lernens geworden. Die Raumsituation hat sich durch erweiterte Kapazitäten deutlich verbessert. Analoges und digitales Lernen gehen Hand in Hand. Leckerer, gesundes

Essen ist an allen Schulen eine Selbstverständlichkeit und bereitet den Gästen der Schulkantinen Freude.

Die Stadt ist dank **entschlossener Baulandpolitik** behutsam, ökologisch vertretbar und sozial ausgewogen gewachsen. In neuen Wohngebieten sind Dächer und Fassaden begrünt, die Häuser sind architektonisch ansprechend und energieeffizient gebaut. Die für die Kaltluftentstehung und ökologische Vielfalt wichtigen Freiflächen sind langfristig gesichert. Auch Menschen mit geringen finanziellen Mitteln finden wieder Wohnraum. „Alternative“ Projekte wie genossenschaftliches Wohnen ergänzen die bisherigen Wohnangebote und regen zu weiteren neuen Wohnformen an. Dennoch ist der Druck auf dem Wohnungsmarkt immer noch immens.

Dank einer **umfassenden Umweltpolitik** ist die Biodiversität bei Pflanzen und Tieren erhöht. Die Brühler Innenstadt blüht sprichwörtlich auf, Insekten finden Nahrung und Lebensräume. Im gesamten Stadtgebiet spenden Bäume wohltuenden Schatten und die „Essbare Stadt“ ist in allen Stadtteilen etabliert.

Dank einer **vorausschauenden Steuerung** ist die Innenstadt ein lebendiger, quirliger Ort, an dem sich die Bürger*innen und Gäste gerne aufhalten: Die autofreie Innenstadt lädt ein zum Verweilen. Innovative Start-up-Unternehmen bringen mit ihren Ideen neue Impulse in die Stadt. Brühl erfreut sich mit seinem Einzelhandel und der menschenfreundlichen Atmosphäre in der Region großer Beliebtheit.

Dank einer **professionellen Beteiligung der Bürger*innen** bei wichtigen Entwicklungen in der Stadt hat sich ein breites „Wir-Gefühl“ etabliert. In einer lebhaften Diskussions- und Streitkultur finden differenzierte Meinungen mehr Gehör als populistische Schwarz-Weiß-Parolen.

Die kulturelle und soziale Vielfalt der Bürger*innen ist sichtbar und wird von einer überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung als Bereicherung erlebt.

Politik und Verwaltung streben gemeinsam Ziele an und ergänzen sich dabei in ihren unterschiedlichen Rollen und Kompetenzen.

Die hier formulierten Bilder sind keine Träumereien! Es sind Ziele, realistisch erreichbare, attraktive Ziele. #allesistdrin, wenn wir mutig die richtigen Entscheidungen treffen. Und gerade im Kampf gegen die drohende Klimakatastrophe müssen wir entschlossen und zügig handeln. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes in der vergangenen Woche fordert dies eindeutig.

Denn als Politiker*innen sind wir dafür zuständig, Rahmenbedingungen für ein gutes Leben für alle Menschen zu schaffen. Dann können sich „Alltagsroutinen“¹ entwickeln, die grundsätzlich ein „gutes“ Leben für alle ermöglichen. Drei Beispiele: Wer hätte vor 20 Jahren gedacht, dass wir uns ganz selbstverständlich in Cafés, in Zügen und öffentlichen Gebäuden ohne gesundheitsschädlichen Zigarettenqualm aufhalten können? Oder: Durch das Verbot

¹ Michael Kopatz vom Wuppertal Institut, der im vergangenen Jahr den Hauptvortrag bei der von uns Grünen durchgeführten Veranstaltung zum Thema Mobilität gehalten hat, spricht von „Ökoroutinen“, die sich entwickeln müssen.

umweltschädlicher Einweg-Plastikartikel in der EU entfällt im Supermarkt die Entscheidung für oder gegen Plastik. Stattdessen kann man zwischen Produkten wählen, die allesamt umweltverträglicher sind. Der Kauf von umweltschonenderen Artikeln wird damit zur Routine und bleibt keine individuelle Gewissensentscheidung. Oder ein Beispiel der Kommunalebene: Wer würde heute noch befürworten, dass sich durch die jetzige Fußgängerzone der motorisierte Verkehr quetscht?

Alle diese politischen Entscheidungen trafen zunächst auf zum Teil erbitterten Widerstand. Und alle diese Entscheidungen haben letztlich dazu geführt, dass die Menschen Routinen entwickeln konnten, die unserer Gesellschaft insgesamt zugutekommen.

Im Folgenden werde ich aus vier Bereichen Maßnahmen benennen, die in Brühl zu neuen Routinen führen werden: Umwelt- und Klimaschutz, Mobilität, Stadtentwicklung und Schule.

1. Umwelt- und Klimaschutz

Klimaschutz muss das zentrale Kriterium künftiger politischer Entscheidungen sein. Der gemeinsamen Erklärung zur Bekämpfung des Klimanotstandes, die im Dezember 2019 im Rat beschlossen wurde, müssen Taten folgen.²

Das Ziel des kommunalen Umwelt- und Klimaschutzes ist eindeutig: Wir als Stadt Brühl leisten unseren Beitrag dazu, dass die im Pariser Klimaschutzabkommen formulierten 1,5 Grad Erderwärmung eingehalten werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen WIR den CO₂-Ausstoß drastisch reduzieren. „Wir“ meint in diesem Zusammenhang zweierlei: zum einen „die Stadt“ mit ihren städtischen Gebäuden, Betrieben, dem Fuhrpark, städtischen Flächen und Arbeitsabläufen und dem dabei entstehenden Energieverbrauch und CO₂-Ausstoß.³ Zum anderen sind mit „Wir“ alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt gemeint, die ihren Beitrag zum Erreichen dieses Zieles leisten können und müssen – und es an vielen Stellen auch schon tun: Ich denke hier z.B. an den Verein „Keinkauf“, der in der Kirchstraße eine kleine Lebensmittelkooperative aufgebaut hat, an das müllfreie, große Gemeindefest in St. Stefan vor zwei Jahren, mir fallen die Bürger*innen ein, die im Stadtgebiet Urban Gardening umsetzen, oder die 100 Apfelbäume, die vor einigen Wochen von der Stadt verschenkt wurden und im Nu „vergriffen“ waren.

Doch es reicht nicht, auf die Eigeninitiative der Bürger*innen zu setzen. Politik muss Rahmenbedingungen und Anreize schaffen, damit die Menschen ihren CO₂-Fußabdruck reduzieren können. Mit dem **Klimaschutzfonds** wird ein solches Instrument im Haushalt verankert: Dach- und Fassadenbegrünung werden damit ebenso finanziell gefördert wie das Anlegen von insektenfreundlichen Flächen. Es geht aber auch darum, klimaschädlichen Entwicklungen entgegenzuwirken. So sind z.B. Schottergärten im wahrsten Sinne des Wortes Steine des Anstoßes und gesetzlich nach § 8 der Landesbauordnung auch in NRW nicht erlaubt.⁴ Es ist mir ein Rätsel, wie sich diese

² In der Erklärung heißt es: „Die Stadt Brühl wird zukünftig bei jeder Entscheidung Auswirkungen auf den Klimawandel der Stadt berücksichtigen.“ Damit machen wir Ernst.

³ Hier ist z.B. flächendeckend in Wärmedämmung, Modernisierung der Heizungsanlagen und Aufbau neuer Photovoltaikanlagen zu investieren. Der städtische Strombedarf muss reduziert und durch Ökostrom gedeckt werden.

⁴ Ein Artikel der Süddeutschen Zeitung vom 17. April titelt mit „Schottergärten sind Schwarzbauten“ und weist auf die Regelungen der meisten Bundesländer hin. Auch für NRW gilt laut Landesbauordnung, dass „die nicht

klimaschädliche Modeerscheinung dennoch so weit verbreiten konnte. Hier bedarf es sowohl der Information und Aufklärung der Bürger*innen als auch der Unterstützung beim Rückbau.

Angesichts der heißen, trockenen Sommer der vergangenen Jahre und des drastischen Insektensterbens kommt der von uns beantragten Stelle des **ökologischen Grünflächenmanagements** eine strategisch zentrale Rolle zu. Diese Stelle muss frühzeitig in städtebauliche Planungsprozesse einbezogen werden, damit von Anfang an ökologische Aspekte berücksichtigt werden. Wenn wir die Biodiversität in Brühl erhöhen wollen, müssen Flächen entsiegelt und die städtischen Grünflächen nach ökologischen Kriterien nachhaltig gestaltet werden.⁵

2. Mobilität

Um die Klimaziele zu erreichen, besteht im Verkehrsbereich erheblicher Handlungsbedarf. Die Mobilitätswende beginnt mit einem neuen Verständnis von Mobilität und Verkehr. Zu Fuß, mit dem Rad, mit Bus und Bahn – Brühl braucht Verkehrskonzepte, die nicht nur in Auto-Kategorien denken. Hier gilt der Leitsatz „Mobilität erhalten, Autoverkehr reduzieren“. Mit dem zukunftsweisenden Handlungsansatz des **Mobilitätsmanagements** werden viele Einzelmaßnahmen aus dem Bereich der Verkehrsvermeidung und Verkehrsverlagerung verknüpft werden. Der im Haushalt veranschlagte Posten „Kommunikationsstrategie Mobilitätsmanagement“ bildet in diesem Jahr den nötigen finanziellen Rahmen für den Einstieg in die Mobilitätswende. Außerdem wird damit die Arbeit der Kinderunfallkommission unterstützt, Maßnahmen im Rahmen der Europäischen Mobilitätstage können durchgeführt, gezielte Informationen zum Jobticket oder Wissenswertes zum Umweltverbund für Neubürger*innen erstellt werden.

Um die Mobilitätswende in Brühl erfolgreich zu gestalten, streben wir an, gemeinsam mit der Verwaltung zu verschiedenen Aspekten Workshops, Exkursionen oder andere Formate der thematischen Auseinandersetzung zu realisieren. Dem Mobilitätsmanager kommt dabei eine zentrale Aufgabe zu.

mit Gebäuden (...) überbauten Flächen (der bebauten Grundstücke ...) 1. wasseraufnahmefähig zu belassen oder herzustellen und 2. zu begrünen oder zu bepflanzen (sind)“ (§ 8 Satz 1 Landesbauordnung NRW).

⁵ Fragen, die von dieser Stelle zu beantworten sind, sind z.B.: Welche Bäume können angesichts der veränderten Bedingungen sinnvollerweise gepflanzt werden? Welche heimischen Pflanzen bieten den verschiedenen Insekten Nahrung und Lebensraum und passen gleichzeitig gut in die Stadt? Welche fachlichen Kompetenzen müssen aufgrund der neuen Ausrichtung bei den Mitarbeitenden des StadtServiceBetriebes erweitert werden? Wie kann die Bevölkerung darin unterstützt werden, die eigenen Flächen nach ökologischen Kriterien zu bepflanzen?

Einzelne Teilaspekte der Mobilitätswende möchte ich an dieser Stelle nur stichwortartig erwähnen:

- Stärkung der Verkehrssicherheit von Kindern⁶
- Reduzierung der Geschwindigkeit im gesamten Stadtgebiet auf Tempo 30
- Steigerung der Attraktivität des Zu-Fuß-Gehens
- Erweiterung des Stadtbusangebotes⁷
- gezielte Förderung des Radverkehrs⁸

Letztlich hängt der Erfolg des Transformationsprozesses entschieden davon ab, dass die Bevölkerung und die verschiedenen Interessengruppen eingebunden werden.⁹

3. Stadtentwicklung

Infolge der immensen Wohnraumnachfrage stehen wir im Spannungsfeld zwischen der Notwendigkeit, Wohnraum, vor allem bezahlbaren Wohnraum, zu schaffen, und der Tatsache, dass die dafür zur Verfügung stehenden Flächen sehr begrenzt sind. Für uns GRÜNE ist dabei klar, dass der Trend einer ungehemmten Versiegelung beendet werden muss und die knappen Flächen bewusst und nach ökologischen und sozialen Kriterien entwickelt werden.

Zentrales Element der Stadtentwicklung wird deswegen das **Baulandmanagement** sein, das ja heute noch zur Beschlussfassung auf der Tagesordnung steht. Dabei geht es im Kern darum, dass die Stadt von ihren im Baugesetzbuch geregelten Vorkaufsrechten Gebrauch machen wird. Wir verabschieden uns bei der Entwicklung von Baugebieten damit von der Praxis der von Investoren initiierten Bebauungspläne. Stattdessen wird Bauland künftig nach Konzepten vergeben, in denen wir soziale und ökologische Kriterien zugrunde legen. Zur nachhaltigen Finanzierung des Ankaufs und der Vermarktung von Bauland dient ein revolvingender Fonds, also ein Fonds, der sich durch Erlöse aus Erbpacht oder Verkauf von Flächen selbst wieder füllt. Die dafür nötigen Mittel als „Startkapital“ haben wir zusammen mit dem Koalitionspartner im Haushalt beantragt.

⁶ Insbesondere geht es hier um sichere Schulwege, aber auch generell um die Einbeziehung der Sichtweise von Kindern und Jugendlichen auf den Verkehr.

⁷ insbesondere in den Brühler Süden, zum BTV und zur Hochschule des Bundes

⁸ z.B. durch bauliche Veränderungen, sichere Abstellanlagen und Etablierung eines leistungsfähigen Radverkehrsnetzes basierend auf dem Masterplan Rad

⁹ Gerade im Bereich der Mobilität ist es erstrebenswert, manche Maßnahmen zunächst „auf Probe“ durchzuführen, um hautnah erleben und auswerten zu können, welche Auswirkungen die eine oder andere Neuerung mit sich bringt.

4. Schule

Wie bei den bisher genannten Punkten geht es auch im Bereich der Schulentwicklung um notwendige Investitionen in die Zukunft. Bildung ist der Schlüssel zur Welt. Als Schulträger ist es unsere Verantwortung, unseren Kindern und Jugendlichen bestmögliche Startchancen zu eröffnen, und zwar allen. Das Kompetenzgerangel – oder ist es eher ein Zuständigkeitsgeschiebe? – zwischen Bund, Land und Kommune verhindert leider an vielen Stellen, dass mit vereinten Kräften an einem Strang gezogen wird. Umso wichtiger ist es doch, dass wir mit Weitblick im Rahmen unserer Zuständigkeit alles dafür tun, dass in unseren Schulen optimal gelernt werden kann. Es geht z.B. um Räume, die eine positive Lernatmosphäre ermöglichen, um moderne Lernmittel, um die Möglichkeit der ausgewogenen Verpflegung und um „Spielräume“ für Neues.

Folgendes haben wir bereits in diesem Jahr auf den Weg gebracht:

- Mit dem **Prüfauftrag für eine städtische Küche** soll von der Verwaltung ermittelt werden, inwiefern eine Küche in städtischer Trägerschaft realisierbar ist. Das wäre fraglos eine große Investition und muss deswegen gut geprüft werden. Für die Qualität des Essens und die mögliche Verknüpfung mit den Lerninhalten zum Thema Ernährung halten wir eine städtische Küche für eine optimale Lösung. Wenn die Prüfergebnisse vorliegen, wird abgewogen und entschieden werden.
- Die **Digitalisierung der Schulen** erfordert nicht nur Hardware und pädagogische Konzepte, sondern auch IT-Fachleute, die sich um Endgeräte, Softwareeinstellungen und WLAN-Herausforderungen vor Ort kümmern. Die Aufstockung der entsprechenden Personalstellen ist dringend notwendig und dauerhaft sicherlich noch nicht ausreichend.
- Mit der Einrichtung einer **Service-Stelle „Innovationsmanagement“** leisten wir einen Beitrag dazu, organisatorische, bürokratische und finanzielle Hürden für die Erprobung und Einführung innovativer Maßnahmen an den städtischen Schulen zu überwinden. Denn Lernen ist ein lebendiger Prozess. Erkenntnisse über das Lernen entwickeln sich ebenfalls weiter. Zeitgemäße Schulen benötigen neben aufgeschlossenen Pädagog*innen und modernen Bildungskonzepten auch einen Schulträger, der sinnvolle Ideen von Seiten seiner Schulen unterstützt und sie als Anlass versteht, in die räumliche und sächliche Weiterentwicklung der Schulen zu investieren.¹⁰ Des Weiteren werden durch diese Servicestelle Vernetzung und Austausch zwischen Schulen und weiteren Akteuren erleichtert werden, sodass letztlich alle städtischen Schulen von den Erfahrungen der jeweils anderen profitieren können.

¹⁰ Dies kann ganz praktisch bedeuten, Lernorte neu zu gestalten oder völlig neu zu schaffen, Räume zu öffnen, mit neuen Ausstattungskonzepten (Beleuchtung, Akustik, Farbpsychologie, Kommunikationsstrukturen uvm.) zu experimentieren oder Lernmittel bereit zu stellen, die für die Umsetzung solcher Maßnahmen benötigt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,
wir stehen vor gewaltigen Herausforderungen. In diesem gerade angefangenen Jahrzehnt müssen wir die Wende schaffen, wenn wir nicht ungebremst in die Klimakatastrophe rasen wollen. Zu lange haben wir auf Kosten der kommenden Generationen gelebt und gewirtschaftet. Diese Wende schaffen wir nur gemeinsam, denn wie das Virus macht auch der Klimawandel keinen Halt vor Grenzen, weder vor Landes- noch vor Parteigrenzen. Und so bleibt zu hoffen, dass die Reaktionen aller seriösen Parteien auf den Spruch aus Karlsruhe nicht nur wahlkampfbedingte Lippenbekenntnisse sind, sondern ernsthaft und entschlossen zu tragfähigen Lösungen führen. Für unseren Beitrag auf kommunaler Ebene sind im vorliegenden Haushalt erste wichtige Impulse in diese Richtung verankert, deswegen werden wir Grünen dem Haushalt zustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.